

BI kämpft für zumutbare Gebühren

ABWASSERZWECKVERBAND Die Initiative „Transparenz“ will gegen „Pfattertal“ sogar vor Gericht ziehen.

MINTRACHING. Die Bürgerinitiative „Transparenz beim AZV Pfattertal“ verfolgt aufmerksam die umfangreiche Berichterstattung der Mittelbayerischen Zeitung über den Finanzgeschäfte-Skandal beim Abwasserzweckverband Pfattertal (AZV). Besonders beeindruckt hat dabei die Mitglieder der Initiative, wie die vielen betroffenen Bürger reagieren. „Unsere Bürgerinitiative beschäftigt sich schon seit geraumer Zeit mit der undurchsichtigen Konstruktion des Zweckverbands und seinen Geschäftspraktiken und ist dabei auf weitere Merkwürdigkeiten gestoßen“, teilt BI-Vorsitzender Dietrich Scheible aus Alteglofsheim mit. Daher sei man nicht unbedingt überrascht über die jetzt bestätigten Machenschaften gewesen. Die Verluste aus den Finanzgeschäften (bisher rund 7 Millionen Eu-

ro) seien eine Seite der Medaille. Die andere Seite seien jedoch die viel zu hohen Abwassergebühren. Die von vielen geäußerte Befürchtung, die Finanzverluste würden die Gebühren weiter nach oben treiben, könne „etwas entschärft werden“. Diese Verluste dürfen laut Scheible nicht den Gebühren zugerechnet werden, sondern werden die Gemeindehaushalte (und damit indirekt die Bürger) belasten. Dort sei das Geld ohnehin knapp, denn bereits jetzt stützen die Gemeinden den Abwasserzweckverband mit 820 000 Euro jährlich (inkl. Zinsen). „Wir werden uns wohl in Zukunft auf schlechtere Dienstleistungen in den betroffenen Gemeinden einstellen müssen“, sagt der BI-Vorsitzende.

Doch zurück zu den Abwassergebühren: Hier werde laufend Geld versenkt und zwar in Form von normalen Betreiberkosten. Diese Kosten seien allerdings um ein Mehrfaches höher als bei vergleichbaren Kanal- und Kläranlagen. Dies sei auch kein Wunder. „Warum brauchen wir für eine vergleichsweise kleine Kläranlage

vier selbstständige Organisationseinheiten, eine Verbandsversammlung, einen Verwaltungsrat, zwei Vorstände, einen Aufsichtsrat, einen Geschäftsführer, einen kaufmännischen und einen technischen Leiter sowie noch Angestellte?“, fragt Scheible. Eine solche Struktur sei nicht angemessen und wäre außerdem nur von echten Profis effizient zu führen und zu kontrollieren. Dass dies nicht geklappt habe, sei jetzt klar zu sehen.

„Warum müssen wir uns eine Klärschlammverarbeitung leisten, deren wahre Kosten deutlich über der heute üblichen Verwertung in Kraftwerken liegen?“, fragt Scheible weiter. Wohlgedenkt: die Klärschlammverarbeitung des AZV biete keinerlei Vorteile gegenüber der Verwertung in Kraftwerken. In beiden Fällen sei es eine thermische Verwertung, das heißt, man erzeuge letztendlich Wärme. Dies alles koste viel Geld und deswegen seien die Gebühren derart hoch. Ein radikales Umdenken hin zu konsequent einfachen Strukturen und sparsamster Betriebsführung, fordert Scheible im Namen der Bürgerinitiative. Leider sei beim Abwasserzweckverband von dieser Denkweise bisher nur sehr

wenig zu entdecken.

Die Kommunalgesellschaft VBA habe sich eine neue Satzung gegeben, welche den Verwaltungsrat stärkt. Eben dieser Verwaltungsrat habe bei der Beaufsichtigung seiner Betriebe versagt, wie der Prüfbericht bestätige. Und zu allem Überflus werde ein neuer Vorstand/Geschäftsführer gesucht. „Man muss sich fragen, ob die Verantwortlichen beim AZV überhaupt noch wissen, dass sie einst mehrheitlich von den Bürgern gewählt wurden mit der Erwartung, zum Vorteil der Bürger zu handeln!“

In der Verbandsversammlung des Zweckverbands sitzen laut Scheible aber auch einige kritische Köpfe, die diese Situation mit Unbehagen betrachten. „Wir fordern diese auf: Kämpfen Sie für Ihre Überzeugung, führen Sie einen Wandel in Denken und Handeln beim Abwasserzweckverband herbei“, regt Scheible an.

Nur wenn man den hier aufgezeigten Weg äußerster Sparsamkeit mit gutem Willen beschreiten würde, könnten die Abwassergebühren sogar auf zumutbare Werte sinken, ist sich Scheible sicher: „Unsere Bürgerinitiative kämpft genau dafür und wird auch vor Gericht ziehen.“

Der Finanzskandal beim Abwasserzweckverband Pfattertal beschäftigt die BI. Foto: MZ-Archiv

